

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

53. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 26. Juni 2003

Zusatztagesordnungspunkt 9:

Aktuelle Stunde auf Verlangen der CDU/CSU und der FDP: **Haltung der Bundesregierung zu den Streiks in den neuen Bundesländern und deren Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland**

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Argumente gegen den Streik, die auch heute in dieser Debatte vorgetragen wurden, will ich gleich ausräumen. Das erste Argument lautet, es sei die falsche Zeit. Richtig ist: Ich habe von Arbeitgeberseite noch nie gehört, jetzt sei die richtige Zeit für einen Streik. Das wäre auch schizophren.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Das zweite Argument lautet, der Streik vernichte Vorteile des Ostens. Richtig ist: In den neuen Bundesländern wird für weniger Geld mehr gearbeitet als in den alten Bundesländern. Die Arbeitslosigkeit ist dennoch immens höher.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Sie kann noch höher werden!)

Die Logik der Billiglohnpropheten stimmt auch hier nicht. Es muss wohl noch andere Standortfaktoren geben, die einwirken.

Mich bewegen in dieser Debatte ganz andere Fragen. Zum Beispiel: Die Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist zwar uralte, aber mitnichten überholt.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Was also setzt die Streikenden vermeintlich ins Unrecht, obwohl sie nichts anderes wollen als gleichen Lohn für gleiche Arbeit?

Zweitens. Die Angleichung der Ostlöhne an die im Westen üblichen ist ein erklärtes Ziel der rot-grünen Regierung. Warum wenden sich also auch Minister der rot-grünen Bundesregierung flugs gegen die Streikenden?

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Drittens. Das Grundgesetz gilt für alle. In ihm wird gefordert, dass alle gleich behandelt werden. Gilt dieses Gebot für Ossi nicht?

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Meines Erachtens ist der Oststreik auch ein Westproblem. Das gilt aber nicht so sehr, weil jetzt Zulieferketten reißen, sondern vielmehr, weil die gegenwärtigen Ostmissstände künftig zur Westregel werden könnten. Wir haben unter einem der vorangegangenen Tagesordnungspunkte gerade darüber debattiert. Auch der Parlamentarische Staatssekretär hat das nicht dementiert und der Wirtschaftsminister schon gar nicht, weil er ja offensichtlich als soziale Abbrechstange berufen worden ist. Er leistet zum Beispiel mit der Umsetzung der Hartz-Gesetze ganze Arbeit. Dann brauchen wir allerdings auch solche Tarifaueinandersetzungen nicht mehr.

Ein letzter Punkt: Zeitgleich zum Streik und zu den Auseinandersetzungen um diesen Streik gab es die Debatte um mehr Ausbildungsplätze für Jugendliche und um eine Ausbildungsplatzabgabe. In diesem Fall wollte die Bundesregierung nicht Partei ergreifen. Sie meinte, dass das die Tarifpartner klären sollten. Ich finde, das ist scheinheilig; denn es gehört auch in diesen Konflikt hinein. Sie haben im Moment kein soziales und auch kein demokratisches Profil, da Sie sich mit den aktuellen Fragen der Arbeitsmarktpolitik sowohl für Jugendliche als auch für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht auseinander setzen.

Danke schön.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Manfred Grund, CDU/ CSU-Fraktion.